

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

06.08.2024

# Inhalt

## EWN

1   <b>Regas: LNG-Terminal Mukran noch nicht im Regelbetrieb</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 06.08.2024</i> .....	3
2   <b>Zum Haareraufen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 06.08.2024</i> .....	4
3   <b>Zweifel an Notwendigkeit von LNG-Terminal</b> <i>Spiegel.de, 05.08.2024</i> .....	5
4   <b>Eine Million Euro für ein paar Castoren</b> <i>die tageszeitung, 06.08.2024</i> .....	7

## Regas: LNG-Terminal Mukran noch nicht im Regelbetrieb

### Behördliche Genehmigung für den Betrieb des Erdgas-Terminals in Mukran auf Rügen liegt seit Monaten vor

*Die behördliche Genehmigung für den Betrieb des Erdgas-Terminals in Mukran auf Rügen liegt seit Monaten vor. Unklar ist aber, ob der Regelbetrieb angelaufen ist.*

Beim Flüssigerdgas-Terminal in Mukran auf Rügen gibt es unterschiedliche Angaben von Betreiber und Behörden zum Start des Regelbetriebs. Die Deutsche Regas teilte mit, der Regelbetrieb sei letztlich doch nicht zum 5. August beziehungsweise in dieser Woche angezeigt worden. „Grund hierfür sind noch nicht abgeschlossene Abstimmungsmaßnahmen mit verschiedenen Partnern im Terminalbetrieb“, erklärt der Betreiber auf Anfrage.

Das Schweriner Umweltministerium verwies dagegen erneut darauf, dass die Aufnahme des Regelbetriebs für den 5. August fristgerecht zwei Wochen zuvor am 21. Juli angezeigt worden sei. Das lasse sich entsprechend belegen, hieß es. Die Deutsche Regas geht nun nach eigenen Angaben davon aus, kurzfristig in den Regelbetrieb überzugehen. Das genaue Datum werde fristgerecht beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt angezeigt.

Von der Frage des Regelbetriebs zunächst unbetroffen ist die Frage, wann und in welchen Abständen Gastanker den Hafen in Mukran anlaufen werden. Hier wird das verflüssigte Erdgas (LNG) von sogenannten Regasifizierungsschiffen wieder umgewandelt und in das deutsche Leitungsnetz eingespeist. Unterdessen hat die Verzögerungen bei der Aufnahme des Regelbetriebs am Flüssigerdgas-Terminal in Mukran die Debatte um die Notwendigkeit eines Gas-Importhafens an der deutschen Ostseeküste neu belebt.

Nachdem das Projekt gegen den Willen der Menschen vor Ort und mit Folgen für die Umwelt durchgedrückt worden sei, fehle nun die Nachfrage. „Niemand will es, keiner braucht es: Das LNG-Terminal auf Rügen ist eine teure und unnötige Investitionsruine“, erklärte Constantin Zergervon der Deutschen Umwelthilfe. Die

Gas-Speicher in Deutschland seien voll, die drohende Mangellage nie eingetreten.

Auch Mecklenburg-Vorpommerns Umweltministerin Till Backhaus (SPD) hält an seiner kritischen Haltung zu dem Projekt fest. Wie eine Ministeriumssprecherin sagte, will sich Backhaus erneut an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wenden, um zu erfahren, ob die Bundesregierung weiterhin die Gefahr eines Gasmangels sieht. Nach den heftigen Protesten auf Rügen gegen den Terminal-Bau hatte sich auch die Landesregierung gegen das Projekt ausgesprochen, doch waren die Landesbehörden an die Vorgaben aus Berlin gebunden. Die Umweltprüfungen seien jedoch in einem rechtsstaatlichen Verfahren ohne Eingriffe von Innen oder Außen erfolgt, hatte Backhaus betont.

Trotz des Lieferstopps aus Russland bezieht Deutschland weiterhin den überwiegenden Teil des Erdgases über Leitungen, insbesondere aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien. Flüssigerdgas macht nach Branchenangaben weniger als zehn Prozent aus. Der Bund hatte den Aufbau der LNG-Importinfrastruktur in Form von Terminals an Nord- und Ostsee unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine forciert, um unabhängig von russischen Gaslieferungen zu werden. Die drohende Mangellage war der entscheidende Grund für die Aufnahme des Hafens Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz, mit dessen Hilfe Planung und Bau des Terminals erheblich verkürzt wurden. Die Genehmigung zum Dauerbetrieb des Terminals war vom Umweltministerium in Schwerin bereits im April erteilt worden, der Regelbetrieb vom Betreiber Deutsche Regas für Mai angekündigt worden. Der Start erfolgte bislang aber nicht.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 06.08.2024 | S. 6

📄 Auflage: 22.824 | Reichweite: 79.409

👤 Axel Büssem

## KOMMENTAR

# Zum Haareraufen

*Wann geht das LNG-Terminal auf Rügen in Betrieb? Und wird es überhaupt gebraucht? Dass wir uns immer noch mit diesen Fragen herumschlagen, zeigt, dass wir aus der Krise nichts gelernt haben, kommentiert OZ-Redakteur Axel Büssem.*

Großes Wirrwarr um das LNG-Terminal auf Rügen: Offenbar kann niemand genau sagen, wann die Anlage in den Regelbetrieb geht und auch die Frage, ob sie überhaupt gebraucht wird, ist noch nicht vom Tisch.

Es ist zum Haareraufen: Wie entschlossen wirkte man doch in Deutschland nach dem Beginn des Ukraine-Krieges. Es dürfe nie mehr passieren, dass man sich von einer Krise so kalt erwischen lässt, hieß es. Deutschland wollte sich wappnen, um auf alle künftigen Eventualitäten vorbereitet zu sein. Eine echte Zeitenwende eben.

Doch zweieinhalb Jahre später scheint davon nicht mehr viel übrig zu sein: Die Gasspeicher seien voll, das Terminal werde also nicht gebraucht, sagen manche. Außerdem sei es ja auch viel zu laut und könnte die

Touristen abschrecken.

Ich möchte fast wetten: Wenn die nächste Krise kommt und das Gas wieder knapp wird, werden alle sagen: „Das kam völlig unvorhergesehen, darauf konnten wir uns nicht vorbereiten.“ Irgendwie erinnert das an Albert Einstein, der sagte: „Die Definition von Wahnsinn ist: immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“

Ich empfehle ein anderes geflügeltes Sprichwort: „Haben ist besser als brauchen.“ Solange das LNG-Terminal nicht gebraucht wird, kann man es doch sicher in einen Sparbetrieb versetzen, der für wenig bis gar keinen Missmut sorgt. Und wenn es gebraucht wird, haben es alle warm - auch seine Kritiker.

📰 Spiegel.de | 05.08.2024 | 20:26 Uhr

👤 Leopold Pelizaeus, dpa

🔗 WEBLINK

## FLÜSSIGGAS AUF RÜGEN

### Zweifel an Notwendigkeit von LNG-Terminal

*Als die Gaslieferungen aus Russland versiegt suchte die Bundesregierung nach Alternativen und fand eine auf Rügen. Nach anhaltendem Protest gegen ein neues Terminal ist jetzt unklar, ob es überhaupt gebaut werden soll.*

Auf Rügen kann Flüssiggas noch immer nicht im Regelbetrieb angeliefert und weitergeleitet werden. Das wirft die Frage auf: Braucht es das LNG-Terminal an der Ostsee überhaupt?

Nachdem das Projekt gegen den Willen der Menschen vor Ort und mit Folgen für die Umwelt durchgedrückt worden sei, fehle nun die Nachfrage. »Niemand will es, keiner braucht es: Das LNG-Terminal auf Rügen ist eine teure und unnötige Investitionsruine«, erklärte Constantin Zergervon der Deutschen Umwelthilfe. Die Gas-Speicher in Deutschland seien voll, die drohende Mangellage nie eingetreten.

Auch Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD) steht dem Projekt weiter kritisch gegenüber. Wie eine Ministeriumssprecherin sagte, will Backhaus erneut bei Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nachhaken, um zu erfahren, ob die Bundesregierung weiterhin die Gefahr eines Gas-mangels sieht. Nach den heftigen Protesten auf Rügen gegen den Terminal-Bau hatte sich auch die Landesregierung gegen das Projekt ausgesprochen, doch waren die Landesbehörden an die Vorgaben aus Berlin gebunden. Die Umweltprüfungen seien jedoch in einem rechtsstaatlichen Verfahren ohne Eingriffe von Innen oder Außen erfolgt, hatte Backhaus betont.

#### **Bund hatte Terminal nach Russland Angriffskrieg bauen wollen**

Der Bund hatte den Aufbau der LNG-Importinfrastruktur in Form von Terminals an Nord- und Ostsee unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine forciert, um unabhängig von russischen Gaslieferungen zu werden. Die drohende Mangellage war der entscheidende Grund für die Aufnahme des Hafens Mukran in das LNG-Beschleunigungsgesetz, mit dessen Hilfe Planung und Bau des Terminals erheblich

verkürzt wurden.

In Mukran liegen zwei Spezialschiffe, die in Tankern angeliefertes verflüssigtes Erdgas (LNG) aufnehmen und wieder in Gas umwandeln. Das Gas wird über eine etwa 50 Kilometer lange Pipeline durch die Ostsee zum Leitungsknotenpunkt in Lubmin bei Greifswald weitergeleitet. Die angestrebte Gesamtkapazität bezifferte die Deutsche Regas als Betreiber mit 13,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr, was in etwa 15 Prozent des aktuellen deutschen Jahresverbrauchs entspricht. Die Investitionskosten beliefen sich den Angaben zufolge auf rund 200 Millionen Euro.

#### **Gas kommt weiter größtenteils über Pipelines nach Deutschland**

Die Genehmigung zum Dauerbetrieb des Terminals war vom Umweltministerium in Schwerin bereits im April erteilt worden. Damals hatte die Deutsche Regas den sogenannten Regelbetrieb für Mai angekündigt, doch kam es bislang nicht dazu. Nun gibt es unterschiedliche Angaben von Betreiber und Behörden zum geplanten Start.

Laut Ministerium war der Start vom Betreiber am 21. Juli für den 5. August angezeigt worden. Das lasse sich entsprechend belegen, hieß es. Regas teilte allerdings mit, der Regelbetrieb sei letztlich doch nicht zum 5. August beziehungsweise in dieser Woche angezeigt worden. »Grund hierfür sind noch nicht abgeschlossene Abstimmungsmaßnahmen mit verschiedenen Partnern im Terminal-Betrieb«, erklärte Regas auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa.

Trotz des Lieferstopps aus Russland bezieht Deutschland weiterhin den ganz überwiegenden Teil des Erdgases über Leitungen, insbesondere aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien. Flüssigerdgas macht

nach Branchenangaben weniger als zehn Prozent aus.

Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe ist die Nachfrage nach Flüssigerdgas aktuell gering. Auf der Transparenz-Plattform der europäischen Gasbranche »Gas Infrastructure Europe« seien keine Buchungen

für das Terminal in Mukran verzeichnet. Regas habe im Juli eine geplante Auktion zur Vergabe der Terminal-Kapazitäten auf unbestimmte Zeit verschoben. »Die von der Deutschen Regas im Wochentakt angekündigten LNG-Tanker sind nicht in Sicht«, sagte Zerger.

## Eine Million Euro für ein paar Castoren

**Atommüll sollte nur 40 Jahre in Zwischenlagern bleiben. Aber weil kein Endlager in Sicht ist, liegt der hoch radioaktive Müll wohl noch Jahrzehnte dort rum. Betroffene Kommunen wollen nun einen finanziellen Ausgleich, Umweltschützern geht es um was ganz anderes**

Die Atomkraftgegner im niedersächsischen Wendland sprechen abfällig von der „Kartoffelscheune“, wenn sie sich mal wieder über die wuchtige Halle aufregen, die hinter dem massiven Metallzaun umgeben von Kiefernwald mehr zu erahnen als zu sehen ist. Dabei lagert in dem 190 Meter langen, 38 Meter breiten und 22 Meter hohen Bauwerk aus Beton gar kein Gemüse. Hier wurden 113 Castorbehälter mit hoch radioaktivem Atommüll abgestellt – vorübergehend. Sie warten auf ihren Weitertransport in ein Endlager, das noch nicht gefunden worden ist. Die betroffenen Gemeinden wollen nun nicht mehr einfach abwarten, sie haben sich zusammengetan und wollen Geld sehen.

Denn die vorübergehende Lösung kann noch locker 100 Jahre dauern, so lange, bis ein Endlager für den hochradioaktiven Atomkraftwerken Abfall aus deutschen eingerichtet wurde. Bis dahin bleibt der Müll eben in den Zwischenlagern wie im niedersächsischen Gorleben oder im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel. Während

Umweltschützer vor allem Sicherheitsbedenken gegen diese Zwischenlager ins Feld führen, fordern betroffene Kommunen nun Ausgleichszahlungen für die deutlich verlängerten Lagerzeiten des Atommülls.

„Es war nie die Rede davon, dass der Atommüll hier so lange gelagert werden soll“, sagt etwa Brunsbüttels parteiloser Bürgermeister Martin Schmedtje. Er stört sich zum Beispiel daran, wertvolle Industrieflächen sehr viel länger als geplant nicht oder nur eingeschränkt nutzen zu können.

Schmedtje verweist außerdem auf Zuwendungen, die nach Ahaus und Gorleben geflossen sind. An diesen beiden Zwischenlagerstandorten stehen oder standen – anders als in Brunsbüttel – nie Atomkraftwerke, die Gewerbesteuer in die Gemeindekassen spülten. Auch die Samtgemeinde Gartow und der Landkreis Lüchow-Dannenberg als betroffene Zwischenlager-Kommunen erhalten Geld. Von rund einer Million Euro

pro Jahr ist die Rede, genaue Zahlen sind nicht bekannt. „Mindestens eine Million Euro jährlich“, verlangt deshalb auch Schmedtje für Brunsbüttel.

Er weiß sich im Einklang mit den Positionen der Arbeitsgemeinschaft der Standortkommunen kerntechnischer Anlagen (ASKETA). In der haben sich alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen organisiert, die Atomkraftwerke oder Zwischenlager in der Gemeinde haben. Der ASKETA-Vorsitzende Josef Klaus (CSU) sagt auf taz-Anfrage, auch er halte eine Summe von 800.000 bis 1,3 Millionen Euro pro Jahr und Gemeinde für angemessen.

**„Es war nie die Rede davon, dass der Atommüll hier so lange gelagert werden soll“ - Martin Schmedtje, Bürgermeister Brunsbüttel**

Für Martin Schmedtje geht es aber nicht allein um Geld, wie er betont. Er sagt, er gehe ihm um Verlässlichkeit der Politik – und um Fairness. „Hier zeigt sich sehr deutlich“, sagt der Bürgermeister mit Blick auf die Atommüll-Container Brunsbüttel, am AKW „dass die gesellschaftliche Verantwortung dafür, was wir mit den Überresten der atomaren Stromgewinnung machen, allein bei den Betreiberkommunen liegt – und das kann nicht sein“.

Eigentlich sollte in Gorleben die Lösung gefunden werden. Über viele Jahre wurde der unterirdische Gorlebener Salzstock als einziger Standort auf seine Eignung als Lagerstätte für den hoch radioaktiven Schrott geprüft. Unter dem Deckmantel der Erkundung entstand dabei ein fast fertiges Endlager. Im Jahr 2020 dann flog der Salzstock Suchverfahren für ein Endlager. der anhaltende Widerstand. aus dem neu aufge-rollten Aus geologischen Gründen, wie es hieß – diese hatten Kritiker allerdings schon vor 45 Jahren vorgebracht. Mitentscheidend für die Absage an ein Endlager in Gorleben war wohl eher

Das Erkundungsbergwerk, nur wenige hundert Meter entfernt vom derzeitigen Zwischenlager auf einer Lichtung gelegen, wird derzeit zurückgebaut. Nur ein Stück der das Areal umgebenden Mauer soll erhalten bleiben – als „Mahnmahl für eine verfehlte Atommüllpolitik“, wie Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg sagt. Der Bau des Zwischenlagers begann am 26. Januar 1982.

„Die Atomwirtschaft stand damals mächtig unter Druck, der Betrieb der Atomkraftwerke wurde an einen Entsorgungsnachweis gekoppelt“, erinnert sich Ehmke bei einem Rundgang um die Gorlebener Atomanlagen. Mit dem Baubeginn im Jahr 1982 war dieser Nachweis zumindest auf dem Papier erfüllt. Der Lüchow-Dannemberger Kreistag, die Samtgemeinde

Gartow und die Gemeinde Gorleben hatten die Errichtung zuvor genehmigt. Die Zustimmung brachte den Kommunen eine „Infrastrukturhilfe“ in Millionenhöhe ein.

Ende 1983 war das Zwischenlager dann fertig. 1995 folgte die Einlagerungsgenehmigung. Im April desselben Jahres rollte der erste Castor-Transport nach Gorleben und traf auf heftigen Widerstand. Rund 15.000 Einsatzkräfte von Polizei und Bundesgrenzschutz sicherten die Fuhre, Schlagstöcke und Wasserwerfer kamen zum Einsatz – Szenen, die sich so oder ähnlich bei allen späteren Transporten wiederholten.

Der 13. und letzte Castor-Transport im November 2011 brach alle Rekorde. 126 Stunden war der Zug von der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben unterwegs, so lange wie nie einer zuvor. Mehr als hundert Blockaden mit Tausenden Aktivisten verzögerten die Weiterfahrt immer wieder.

„Der Name Kartoffelscheune ist damals schnell entstanden“, erzählt Ehmke. „Sie heißt so, weil die Halle lediglich Schutz vor schlechtem Wetter bietet.“ Nur die Castor-Behälter selbst sollten den Schutz vor der Strahlung oder vor Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen garantieren. Die Wände der Zwischenlager-Halle seien zum Teil dünner als 50 Zentimeter. Immerhin soll jetzt, nach Jahrzehnten, eine neue und dann zehn Meter hohe Mauer um das Zwischenlager gebaut werden.

Das Hauptproblem aber ist und bleibt: Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager in Gorleben gilt lediglich für 40 Jahre. Sie läuft also im Jahr 2034 aus. Ein Endlager wird bis dahin aber nicht gefunden, geschweige denn betriebsbereit sein. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) geht aktuell davon aus, dass ein Standort womöglich erst bis 2068 feststeht. Bis das Lager gebaut und befüllt ist, werden weitere

Jahrzehnte verstreichen.

Die 113 Castoren mit heißem Atomschrott – einige verlieren in den kommenden Jahren ebenfalls ihre Zulassung – werden also bis auf Weiteres in Gorleben bleiben. Dasselbe gilt für die anderen 16 Zwischenlager für hoch radioaktiven Atommüll in Deutschland.

*„Nirgendwo in der Welt gibt es bisher Erfahrungen mit einer Zwischenlagerzeit von mehr als 50 Jahren“ - Oda Becker, Physikerin*

Außer den zentralen Lagerstätten im niedersächsischen Gorleben und im westfälischen Ahaus wurden auch an den AKW-Standorten solche Anlagen hochgezogen. Im Norden Deutschlands – also in Brokdorf, Krümmel Brunsbüttel und in Schleswig-Holstein sowie in Esenshamm, Grohnde und Lingen in Niedersachsen. In den 2000er-Jahren errichtet und für 40 Jahre genehmigt, laufen die Genehmigungen an diesen Standorten 2046 oder 2047 aus.

Ein Sonderfall ist Brunsbüttel, wo Bürgermeister Martin Schmedtje gerade für Ausgleichszahlungen trommelt: 2013 hob zuerst das Oberverwaltungsgericht Schleswig und im Jahr 2015 dann auch das Bundesverwaltungsgericht die Betriebserlaubnis für das Zwischenlager auf. In der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts hieß es, die Unfallrisiken seien nicht im erforderlichen Umfang berücksichtigt worden.

Schleswig-Holsteins damaliger Umweltminister Robert Habeck (Grüne) focht das nicht an. Er ordnete an, die Lagerung des Atommülls erst mal weiter zu dulden. Bis heute gibt es für die 20 dort lagernden Castoren keine gültige Aufbewahrungsgenehmigung.

Die zuständige bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) macht bislang keine sichtbaren Anstalten, neue Genehmigungen zu beantragen. Sie beteuert immerhin, dass man sich auf eine Zwischenlagerung deutlich über den bisher genehmigten Zeitraum von 40 Jahren vorbereite. Im Zuge der neu zu führenden Genehmigungsverfahren müssten noch viele technische Fragen beantwortet werden.

Die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg nennt es „befremdlich“, dass sich die geballte Kraft der ehemaligen Standortgemeinden auf Kompensationsleistungen richte und sie sich mit Blick auf die verlängerte Zwischenlagerung um bis zu 100 Jahre nicht in erster Linie um die Sicherheit und Sicherung dieser Anlagen sorgen. „Wir plädieren dafür, dass bei einer Verdoppelung der Laufzeiten es vorrangig um die Sicherheitsan-

forderungen geht, wie zum Beispiel die Alterung des Behältermaterials, neue Bedrohungsszenarien wie die Drohnenangriffe oder Flugzeugabsturz –und nicht um Geld“, teilte BI-Sprecher Ehmke gestern mit.

Physikerin Oda Becker hat im Auftrag des Naturschutzbundes BUND ein Gutachten zu den Problemen

Atommüll-Zwischenlagerung der verlängerten vorgelegt. „Nirgendwo in der Welt gibt es bisher Erfahrungen mit einer Zwischenlagerzeit von mehr als 50 Jahren“, sagt sie. Ihr Fazit: Der Terrorschutz an den Anlagen ist unzureichend, Reparatur- und Inspektionsmöglichkeiten fehlen. Das Sicherheitskonzept müsse an die verlängerte Lagerdauer angepasst werden.